

6. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

6. Juni 1951.

283/J

Anfrage

der Abg. Ernst F i s c h e r und Genossen
an den Bundeskanzler,

betreffend die Vorschubleistung österreichischer Behörden bei der
völkerrechtswidrigen Enteignung von Grundstücken in Wals und Siezenheim
(Salzburg) für eine amerikanische Militärstadt.

-.-.-.-

Am 17. Mai haben die unterzeichneten Abgeordneten die Anfrage
gestellt, ob die Bundesregierung bereit ist, gegen die Errichtung einer
amerikanischen Militärstadt, vor den Toren Salzburgs oder wo immer, als
eine freche Verletzung des Kontrollabkommens und eine ernste Bedrohung
unserer friedliebenden Bevölkerung schärfsten Protest einzulegen.

Der Bundeskanzler hat es bisher unterlassen, die Anfrage zu beant-
worten. Unterdessen hat sich herausgestellt, dass die amerikanische
Besatzungsmacht unter Bruch des Völkerrechtes und des Kontrollabkommens,
mit Wissen der zuständigen österreichischen Behörden, die Bauern von
Wals und Siezenheim zur Unterzeichnung von Übergabsdokumenten zu zwingen
sucht und so den Grundsatz verletzt, dass jede Beschlagnahme oder Inan-
spruchnahme in Österreich über die österreichischen Behörden zu erfolgen

Der der Partei des Bundeskanzlers angehörige Bürgermeister von
Wals-Siezenheim hat sich in dieser Frage zum direkten Ausführungsorgan
der Besatzungsmacht gemacht. In die dunkle Machination des amerikanischen
Generals Irwin hat sich auch ein gewisser Baumeister Kindling eingeschal-
tet, der die Bauern zur rechtswidrigen Übergabe ihrer Grundstücke zu
pressen sucht.

Ein Vertreter des Finanzministeriums befindet sich in Salzburg,
um der widerrechtlichen Beschlagnahme von Bauerngrund das Mäntelchen
eines Ankaufs durch die Regierung umzuhängen. Es wird behauptet, er sei
bevollmächtigt, den beschlagnahmten Grund für eine Gesamtsumme von
2 Millionen Schilling, also um 5 S pro Quadratmeter "anzukaufen", was
einem Viertel des tatsächlichen Wertes entspricht.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Ansicht, dass es
Pflicht und Schuldigkeit der Bundesregierung ist, die Bauern von Wals
und Siezenheim gegen die freche amerikanische Erpressung zu schützen,

7. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

6. Juni 1951.

ihr Eigentum zu sichern und die Einhaltung des Kontrollabkommens auch durch die Amerikaner zu fordern.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e n :

- 1.) Ist es wahr, dass ein Beauftragter des Finanzministeriums Ankaufsverhandlungen mit den Wals-Siezenheimer Bauern führt und dass zu diesem Zweck 2 Millionen Schilling vom Finanzministerium bereitgestellt wurden?
- 2.) Auf welches Gesetz oder auf welchen Ministerratsbeschluss stützt sich dieser Aufwand des Finanzministers für amerikanische Kriegsvorbereitungen auf österreichischem Boden?
- 3.) Ist es wahr, dass die Regierung den Bauern den Schleuderpreis von durchschnittlich 5 S pro Quadratmeter ihres Bodens anbietet, um den Amerikanern die Errichtung einer Militärstadt vor den Toren von Salzburg zu erleichtern?

-.--.-.-.-